

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 483

Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. September 2019, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	33/34 5	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti, Alex Flück, Rebecca Moldovanyi (ab 19.45 Uhr), Christoph Pfirter, Patrick Ritschard, Benedikt Schmidt und Franziska Senn Gemeinderat: Stefan Löw und Emanuel Trueb	
Vorsitz	Stephan Ebert	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Geschäftsverzeichnis

1.	Beantwortung der dringlichen Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Was passiert auf dem Areal von Rohner?“	3185
2.	Tischvorlage Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Leea Moser, U/G, anstelle von Elia Affolter	3183
3.	Teilrevision Strassenreglement – 3. Lesung	3162
4.	Teilrevision Lohn- und Zulagenreglement (LZR) – 1. Lesung	3161
5.	Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Urs Schneider, betreffend "Abfallsünder"	3146
6.	Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gesamtwohnraumplanung“	3173
7.	Beantwortung Interpellation der Fraktion der U/G, Petra Ramseier, betreffend „Einbruch Steuerertrag juristische Personen“	3174
8.	Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „KG Zweien“	3175
9.	Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Bestand und Eigentumsstatus der Kulturgüter (Fundus)“	3177
10.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung

Stephan Ebert: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Herren Gemeinderäte, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Herren der Presse, liebe Gäste und liebes Publikum. Ich begrüsse sie zur 483. Einwohnerratssitzung.

Präsenz

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 17, das Zweidrittelmehr 22 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Das neue Einwohnerratsmitglieds **Alex Flück, FDP** (nachgerückt für Jens Dürrenberger) können wir heute nicht begrüssen. Er ist ferienhalber noch abwesend. Die **neue Sitzordnung** liegt auf.
- Das Büro macht den Vorschlag, die Sitzungstermine des Einwohnerrates per Outlookeintrag vom Sekretariat zu verschicken. Dies ersetzt jedoch die Papierform nicht. Wer zukünftig die Sitzungstermine per Outlook wünscht, kann dies auf der vorbereiteten Liste so vermerken.
- Vor der Sitzung vom 18. November 2019 um 18:30 Uhr werden Thomas Beugger, Vizepräsident OK ESAF 2022 und Matthias Hubeli, Geschäftsführer ESAF 2022 mit einer Präsentation den Rat über das Eidg. Schwing- und Älplerfest 2022 in Pratteln informieren.
- Der **Beamer** steht an der Oktober-Sitzung nicht zur Verfügung, da wir die Dorfturnhalle mit der Laienbühne teilen und wegen der Berufsschau nicht ins Kuspo ausweichen können. Die November-Sitzung findet dann im **Kuspo** statt.
- Bemerkung des Büros zu den **Stimmkarten**: Bitte die Stimmkarten nur für Wortmeldungen und Abstimmungen verwenden. Bei den Wortmeldungen die Stimmkarte oben halten, bis der Vizepräsident euch deutlich signalisiert, dass er gesehen hat, dass ihr eine Wortmeldung wünscht.
- Die Personen der GPK sollen sich in der Pause bei Kurt Lanz melden.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Interpellation Nr. 3185 der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Was passiert auf dem Areal von Rohner?“

Petra Ramseier (Interpellantin): Man hat sehr viel gehört, das Konkursverfahren läuft und es könnte weitergehen. Wer entscheidet darüber, ob es weitergeht? Wir wissen, dass sich gerade die Anwohner sehr viele Gedanken machen und für sie ist es ein Anliegen, dass sich der Gemeinderat hierzu äussert, ob und wie es mit der Rohner AG weitergeht und wie er sich einsetzen kann, dass dort nicht wieder ein Chemiebetrieb entsteht.

GP Stefan Burgunder: Der Gemeinderat ist bereit, die Interpellation als dringlich zu übernehmen und zu beantworten. Ihr könnt aber auch BZ-Online lesen und ihr wisst etwas mehr.

- Interpellation Nr. 3180 der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Barrierefreie Tramhaltestellen“ vom 18. August 2019
- Postulat Nr. 3181 der SP-Fraktion, Tobias Henzen, betreffend „Kreuzung Gehrenacker-Mühleweg“ vom 18. August 2019
- Interpellation Nr. 3182 der SP-Fraktion, Hasan Kanber, betreffend „Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Schlossstrasse-Schlossstrasse“
- Postulat Nr. 3184 der SP-Fraktion, Christine Weiss, betreffend „Intelligente Strassenbeleuchtung“
- Motion Nr. 3187 der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Einführung einer Mindestquote für privates Wohneigentum in Neubauten innerhalb von Quartierplanperimetern“
- Postulat Nr. 3188 der SP-Fraktion, Rebecca Moldovanyi, betreffend „Sitzgelegenheiten“

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 3185

://: Der Rat stimmt mit 30 Ja zu 1 Nein bei 2 Enthaltungen der Dringlichkeit zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 22).

Antrag des Büros zum Geschäftsverzeichnis

Als zweites Traktandum ist die Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Leea Moser, U/G, anstelle von Elia Affolter, vorgesehen.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird als erstes Traktandum die dringliche Interpellation Nr. 3185 behandelt, anschliessend als zweites Traktandum die Ersatzwahl für das Wahlbüro und in der Folge die weiteren Geschäfte.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3185

Beantwortung der dringlichen Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Petra Ramseier, betreffend „Was passiert auf dem Areal von Rohner?“

Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen vom 18. September 2019

GP Stephan Burgunder: Frage 1: *Was ist der aktuelle Stand der Dinge?* Das Konkursverfahren wurde Ende 2019 über die Rohner AG Pratteln eröffnet. Mit der Konkursöffnung hat die Sicherheitsdirektion die Verantwortung für die Sicherheit auf dem Gelände der Rohner AG übernommen. Um die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt zu gewährleisten, hat das AUE in Zusammenarbeit mit dem Konkursamt noch vor der Konkursöffnung die notwendigen Massnahmen vorbereitet. Dies enthält auch die Anstellung ausgewählter ehemaliger Rohner-Mitarbeiter. Es sind rund 25 Mitarbeiter, die zurzeit mit Rundgängen die Sicherheit garantieren, Reparaturarbeiten leisten und mit dem Aufräumen und Entsorgen von Abfällen beschäftigt sind. Ein Teil der Mitarbeitenden ist mit dem Verkauf der gelagerten Rohstoffe beauftragt. Die Firma Securitas ist im Auftrag des Konkursamtes für die Arealsicherung und die Sicherheitsrundgänge in der Nacht und am Wochenende zuständig. Die Produktion steht still, was bedeutet, dass kein Industrieabwasser mehr ins Abwassersystem der Rohner AG eingeleitet wird. Frage 2: *Hat die Firma Rohner bei der Gemeinde Schulden? Wie hoch sind diese? Wie gross sind die Chancen, dass die Schulden im Rahmen des Konkursverfahrens bezahlt werden?* Alle Ausstände zusammen belaufen sich momentan auf CHF 380'000, wovon der Grossteil, rund CHF 290'000, offene Wasserrechnungen sind. Bei Wasserrechnungen hat die Gemeinde ein gesetzliches Pfandrecht auf das Grundstück und wir haben dies bei der HIAG Immobilien Holding AG entsprechend platziert und werden uns bezüglich dieser Forderung mit der Firma HIAG unterhalten. Die restlichen Ausstände von CHF 90'000 setzen sich aus einem Feuerwehreinsatz und den definitiven Steuern, ca. CHF 40'000 und CHF 50'000 provisorische Steuern aus den Jahren 2018 und 2019, zusammen. Die Aussicht auf eine Konkursdividende erachten wir hier als gering, weil wir in der dritten Klasse kolloziert werden. Frage 3: *Welche Entwicklung bevorzugt der Gemeinderat? Teilt er die Ansicht, dass an diesem Standort die Option „Wohnen“ gegenüber der Option „Chemiebetrieb“ zu bevorzugen ist?* Der Gemeinderat hat noch keine Szenarien beraten, weil die Gemeinde bezüglich Fortführung oder Entwicklung in Richtung Wohnen nicht der Entscheidungsträger ist. Diese Entscheidung obliegt primär den Landeigentümern und dies ist die HIAG Holding AG. Persönlich bevorzuge ich die Entwicklung des Grundstückes in eine Mischnutzung Wohnen/Gewerbe. Frage 4: *Welche Möglichkeiten hat der Gemeinderat, aktiv auf die Entwicklung Einfluss zu nehmen? Ist beispielsweise eine Umzonung denkbar?* Eine Umzonung bzw. Nutzungsänderung ist über das Quartierplanverfahren denkbar und ich bin diesbezüglich in Kontakt mit der HIAG AG. Momentan werden jedoch Themen wie die zeitnahe und fachgerechte Entsorgung der restlichen Abfälle und Rohstoffe auf dem Areal behandelt. Im Weiteren arbeitet man an einem Konzept der Chemie-Freimachung der Produktionsanlagen. Auch die Sicherheitsrundgänge und die Arealsicherung werden im Auftrag der HIAG AG weiterhin durchgeführt werden müssen. Dies alles wird durch das AUE eng begleitet und überwacht. Wie bereits erwähnt, sind 25 ehemalige Rohner-Mitarbeiter durch den Kanton angestellt. Nach Abschluss des Konkursverfahrens müsste zumindest ein Teil von ihnen durch die Firma HIAG AG übernommen werden. Frage 5: *Nimmt der Gemeinderat aktiv Einfluss auf die Entwicklung? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?* Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit Einfluss auf die Entwicklung nehmen. Aktuell stehen die Gemeindeverwaltung und ich mit

der HIAG AG und den ehemaligen Rohner-Mitarbeitenden in engem Kontakt. Wie bereits erwähnt, stehen momentan die aktuellen Herausforderungen im Vordergrund. Bei der Firma HIAG AG handelt es sich um einen professionellen Arealentwickler und sie hat das Areal auch zum Zweck der Entwicklung gekauft. Erste Gespräche haben gezeigt, dass sich die Entwicklungsabsichten der HIAG AG und der Gemeinde grundsätzlich decken. Wir sind uns auch einig, dass die Gemeinde aktiv am Entwicklungsprozess mitarbeiten und diesen unterstützen wird. Wann und wie die Entwicklung startet, ist noch offen. Die laufenden Kosten für den Betrieb dürften nicht unerheblich sein und darum dürfte das Interesse der HIAG AG an einer raschen Entwicklung entsprechend hoch sein. Frage 6: Falls sich ein Chemiebetrieb ansiedeln sollte: Wie wird für die Sicherheit von Bevölkerung, Mitarbeitenden und Umwelt gesorgt? Werden mehr Kontrollen durchgeführt als bei Rohner oder eine Einschränkung heikler Stoffe? Bis heute Nachmittag war nicht sicher, ob sich allenfalls ein Chemiebetrieb ansiedeln wird oder nicht. Es war allerdings von Anfang an klar, dass für die Übernahme der Anlagen der Firma Rohner AG einiges stimmen müsste. Weiter hätten sowohl das Konkursamt als auch die HIAG AG einverstanden sein müssen. Heute hat sich nun bestätigt, was ich längst vermutet habe und auch die BZ recherchiert hat: Die Verhandlungen sind gescheitert und es gibt keine Nachfolgelösung mit einem Chemiebetrieb. Frage 7: Gibt es eine dritte Option? Beispielsweise Ansiedlung von KMU, deren Arbeit neben einem Wohnquartier unproblematisch ist? Oder eine Mischnutzung Wohnen/Arbeiten? Aktuell konzentriert man sich auf die geschilderten Sofortmassnahmen und es wurden noch nicht alle Optionen ausgelotet. Grundsätzlich ist vieles möglich. Gemäss den ersten Gesprächen dürfte es in Richtung einer Mischnutzung Wohnen/Arbeiten gehen. Frage 8: Werden Altlasten entsorgt, ehe ein neuer Betrieb die Produktion aufnimmt? Es wird kein Betrieb die Produktion aufnehmen. Altlast ist ein klar definierter Begriff; dies sind sanierungsbedürftige belastete Standorte. Wir haben nach wie vor Produktionsabfälle und abgelaufene Rohstoffe auf dem Areal und diese werden zeitnah entsorgt. Das Grundwasser, das durch die Industrierwasserhavarie im Energieleitungstunnel der Rohner AG verunreinigt wurde, wird unabhängig einer allfälligen Wiederaufnahme der Produktion abgepumpt und der ARA Rhein zur Reinigung zugeführt. Die korrekte Schadstoff-Entfrachtung der Gebäude und ein eventueller Rückbau werden ebenfalls durch das AUE eng überwacht. Zudem gibt es noch Altlasten im Boden, deren Sanierung bereits läuft und diese würde auch bei einer Wiederaufnahme der Produktion, was sich jetzt erübrigt, weiterlaufen und ständig gemäss neuesten Erkenntnissen optimiert.

Die dringliche Interpellation Nr. 3185 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3183

**Ersatzwahl für das Wahlbüro für den
Rest der Amtsperiode: Leea Moser,
U/G, anstelle von Elia Affolter**

Aktenhinweis

- Tischvorlage Steckbrief vom 13. September 2019

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und der Einwohnerrat wählt in stiller Wahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2020:

://: Leea Moser, U/G

Geschäft Nr. 3162

Teilrevision Strassenreglement – 3. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 5. September 2019

GR Urs Hess: Das letzte Mal wurden noch Fragen gestellt. Zu den Kosten habe ich schon damals gesagt, dass Kaffeesatzlesen einfacher ist. Ich probiere es trotzdem. In Gebieten, die neu mit Quartierplänen erschlossen werden, lassen sich die Strassen innerhalb des Quartierplanreglementes bauen und finanzieren. GP Stephan Burgunder hat in der letzten Sitzung bereits erwähnt, dass es bei der Zentrale so ist und weitere Quartierpläne sollen genau gleich behandelt werden und auch bei Bredella ist dies der Fall. Wenn wir nun in die Längi bzw. nach Salina Raurica schauen, wird es komplizierter. Es gibt Strassen, die schon gebaut sind, die man vielleicht ausbauen muss. Diese Anwender haben die Beiträge schon bezahlt und werden nicht noch einmal zur Kasse gebeten. Die Netzibodenstrasse wird die nächste sein, die realisiert werden soll. Diese ist in jenem Gebiet, in dem später der Bus, eventuell das Tram fahren soll, wenn die Rheinstrasse zurückgebaut ist. Dort gehört das Land auf beiden Seiten dem Kanton und untereinander ist man nicht kostenpflichtig. Dies bedeutet, dass das Reglement, bis das Land veräussert ist, gar nicht angewendet werden kann. Im weiteren Gebiet, das nun entwickelt wird, können wir noch gar nicht sagen, wie viele Strassen es gibt und wir wissen auch nicht, wie viele Quartierpläne es gibt. Bei den Quartierplänen versucht der Gemeinderat, die Kosten in den Quartierplänen zu platzieren. Wenn es keine Quartierpläne gibt, greift das normale Beitragsreglement beim Wohnen und wenn wir Gewerbe haben, trifft die hier vorliegende Änderung zu. Zum Gerichtsurteil: Dies ist 2010 und 2011 passiert. Dabei wurde ein Fall durchgezogen und das Gericht hat klar gesagt, man solle die anderen Fälle adaptieren und Einigungen treffen, weil sonst viel mehr Kosten entstehen würden, weil die anderen Fälle genau gleich gelagert sind. Das Gericht hat dem Gemeinderat auch gesagt, wie der Verteiler sein muss. Ich kann euch sagen, dass der hier vorgeschlagene Verteiler, es im ganzen Gemeindegebiet gleich zu machen, für die Gemeinde lukrativer ist. Ich meine, dass nun eine Lösung gefunden wurde, der der Einwohnerrat zustimmen kann.

Lesung

§ 31 Verteilung Baukosten

Mauro Pavan: Ich bedanke mich bei GR Urs Hess für die Antworten. Wir begrüßen auch die Antwort des Gemeinderates, bei Quartierplanregelungen darauf zu achten, dass das Geld über Infrastrukturbeiträge wieder hereingeholt wird. Trotzdem kommt die SP-Fraktion nach reiflicher Überlegung zum Schluss, dass wir hier nicht eine Präzedenz schaffen, wegen eines Gerichtsurteiles, dass explizit nicht als Präzedenz zu verstehen ist, wie ich es gelesen habe. Weil in Zukunft wahrscheinlich höhere Kosten bei den Erschliessungsstrassen auf uns zukommen, beispielsweise durch das Quartier Salina Raurica, sind wir nicht bereit, das Kostenrisiko alleine zu tragen und schlussendlich auf den Steuerzahler zu überwälzen. Deshalb wird die Mehrheit der SP-Fraktion der Revision nicht zustimmen.

Petra Ramseier: Wir hatten ähnliche Diskussionen wie die SP und darum muss ich hier nicht viel sagen und wir schliessen uns dem Votum von Mauro Pavan an.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 19 Ja zu 12 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Strassenreglements wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Oktober 2019.

Geschäft Nr. 3161

Teilrevision Lohn- und Zulagenreglement (LZR) – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. Juli 2019

GP Stephan Burgunder: Es wird immer schwieriger - wir haben es bereits früher gehört - das Schutzziel, dass 10 Angehörige der Feuerwehr innerhalb von 10 Minuten auf dem Schadenplatz eintreffen, zu erreichen. Der Gemeinderat hat am 10. April 2018 das Postulat von Urs Schneider betreffend „Einhaltung der Schutzziele auch Tagsüber“ angenommen und auch Massnahmen vorgeschlagen. Der Einwohnerrat hat das Postulat damals als erfüllt abgeschrieben. Was nun hier vorliegt, ist die konkrete Umsetzung der Massnahmen und wir möchten als Gemeinde einen Beitrag leisten, dass die Schutzziele auch in Zukunft gewährleistet werden. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat vor, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die regelmässig an Übungen und Einsätzen der Feuerwehr teilnehmen, einen kleinen, jährlichen Zuschlag entrichten. Mit dieser Zulage möchten wir die Attraktivität des Feuerwehrdienstes für Gemeindeangestellte erhöhen und für das muss das Lohn- und Zulagenreglement in § 22 entsprechend angepasst werden. Aus den Unterlagen erseht ihr auch, welche Anpassungen in der Verordnung vorgenommen würden. Wir beabsichtigen, Mitarbeitende im Mannschaftsgrad mit jährlich CHF 600 zu entschädigen, Unteroffiziere mit CHF 800 und Offiziere mit CHF 1'000. Ich bitte euch, den Änderungen so zuzustimmen.

Eintreten

Marcial Darnuzer: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird dieser Teilrevision so zustimmen. Wir danken dem Gemeinderat für die Arbeit und sind soweit zufrieden, dass er eine Zulage gewählt hat und nicht eine kuriose Bedingung im Arbeitsvertrag.

Petra Ramseier: Auch wir sind für Eintreten auf diese Vorlage. Für uns wären die finanziellen Konsequenzen noch interessant; vielleicht lässt sich ein Rahmen dazu auf die 2. Lesung feststellen.

Walter Keller: Auch wir von der FDP-Fraktion sind für Eintreten und die 1. Lesung.

Sebastian Enders: Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Teilrevision und ist im Sinne der Sicherheit der Gemeinde Pratteln für Eintreten.

Das Eintreten ist unbestritten, es folgt die Direktberatung.

GP Stephan Burgunder: Ich beantworte die Frage von Petra Ramseier: Heute haben wir niemanden, der in der Feuerwehr tätig ist. Wenn wir nun tatsächlich beispielsweise zwei Personen einstellen, die Feuerwehr im Mannschaftsgrad machen, so sind dies CHF 1'200 pro Jahr. Ich glaube auch, wenn wir so viele Feuerwehrleute hätten, dass wir genug sind, könnten wir dies wieder aus der Verordnung entfernen. Man ist froh um jede Person, die dabei ist und wenn wir mit vier Personen zu je CHF 600 rechnen oder mit einem Unteroffiziersgrad, so sind dies Beträge unter CHF 5'000 pro Jahr.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es folgt die Lesung.

**§ 22^{bis} Jährliche Zulage für die Teilnahme an Übungen und Einsätzen der
Feuerwehr Pratteln**

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 3146

**Beantwortung Postulat der SVP-
Fraktion, Urs Schneider, betreffend
"Abfallsünder"**

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion vom 26. November 2018
- Beantwortung des Gemeinderates vom 6. August 2019

GR Urs Hess: Die Antwort liegt schriftlich vor und ihr habt sie gelesen. Abfall ist leider immer wieder ein Thema – leider immer mehr ein Thema. Die Leute nehmen sich nicht selber an der Nase und nehmen ihre Sachen zusammen. Wir kennen die nicht ganz legalen Abfallsäcke; ihr habt aber auch gelesen, dass diesem nachgegangen wird. Es ist sehr schwierig, die Abfallsünder zu büssen. Wichtig ist eine Identifikation, was mit relativ vielem Kontrollaufwand verbunden ist. Trotz sind wir daran interessiert, den Kontrollaufwand auf uns zu nehmen, damit man an möglichst vielen Personen ein Exempel statuieren kann, damit das Littering endlich etwas zurückgeht. Vor einiger Zeit haben wir hierin über Littering diskutiert, als Fredi Wiesner einen solchen Vorstoss unternahm. Man hat schon damals Kontrollen eingeführt und gerade heute hat die eigene Farbe des Abfallsackes schon viel geholfen. Wir haben geprüft und berichtet und ich bitte euch, das Postulat abzuschreiben.

Urs Schneider (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulates. Natürlich hätten wir gerne noch andere Antworten zu besseren Massnahmen, was möglich wäre usw. gehört. Das Problem ist schon länger bekannt und es gab immer wieder einen Vorstoss zu diesem Thema. Ich danke und würde das Postulat als erfüllt abschreiben.

Walter Keller: Die Fraktion der FDP ist auch für Abschreiben des Postulates. Wir wissen auch, dass es schwierig ist, im Littering den Verursacher festzustellen und viel mehr als das, was der Gemeinderat bis anhin aufgezeigt hat, können wir nicht machen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3146 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 3173

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gesamtwohnraumplanung“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion vom 22. Juni 2019

GP Stephan Burgunder: Frage 1: *Werden die drei „Entwicklungsorte“ gleichzeitig vorangetrieben oder etappiert?* Alle drei Entwicklungsorte werden gleichzeitig vorangetrieben, sind aber auf der Zeitachse in einem unterschiedlichen Entwicklungsprozess. Zentrale: Die öffentliche Mitwirkung und die Vorprüfung durch den Kanton sind am Laufen; dieses Projekt ist auf der Zeitachse am weitesten fortgeschritten. Es sind rund 500 Wohnungen geplant; die Bautätigkeit soll innerhalb des Quartierplanes etappiert werden und die Erstbezüge von Wohnungen sind frühestens 2025 zu erwarten. Bredella: Dort laufen die Arbeiten zur Erarbeitung des Quartierplanes und des zugehörigen Reglements. Gleichzeitig werden die Infrastrukturbeiträge verhandelt. Auch hier wird etappiert: Der Endausbau zeigt rund 940 Wohnungen. Es gibt einen ersten Quartierplan mit rund 380 Wohnungen und auch hier ist der Wohnungsbezug frühestens 2025 möglich. Die anderen beiden Quartierpläne sind später. 200 Wohnungen frühestens 2029 und die restlichen 360 Wohnungen vielleicht 2034. Salina Raurica: Gemäss städtebaulichem Studienauftrag sind rund 1'200 Wohnungen geplant. Auch hier wird etappiert und die Realisierung soll im Bereich 2026/27 stattfinden. Frage 2: *Wird bereits versiegelte Fläche beim Überbauen prioritär behandelt?* Bei der Entwicklung Pratteln Mitte, Zentrale und Bredella werden sämtliche versiegelte Flächen aufgebrochen und neu gestaltet. Die Entwicklung Pratteln Mitte liegt zeitlich voran und dementsprechend werden dort die versiegelten Flächen auch prioritär behandelt. Frage 3: *Um wie viele Personen soll Pratteln in den nächsten 30 Jahren total zunehmen?* Gemäss Perspektiven Pratteln 2027 sind 19'000 Einwohnerinnen und Einwohner geplant. Diese Zahl kann mit den drei Entwicklungsorten und den privaten Planungen in etwa erreicht werden. Mit Blick auf die nächsten 30 Jahre könnte die Bevölkerung auf rund 22'000 Personen ansteigen. Frage 4: *Welche notwendige Infrastruktur muss in den verschiedenen „Entwicklungsorten“ erstellt werden?* Im Entwicklungsgebiet Pratteln Mitte sind ein Schulhaus mit Mehrfachturnhalle sowie ein Kindergarten geplant. Im Entwicklungsgebiet Salina Raurica ist ebenfalls ein Schulhaus mit Mehrfachturnhalle vorgesehen. Frage 5: *Reicht unsere Wasserversorgung für die geplante Zunahme der Bevölkerung?* Die geplante Zunahme der Bevölkerung und die damit zusammenhängende Steigerung des Wasserverbrauchs wurde in einer Studie vom AUE untersucht. In dieser Studie „Regionale Wasserversorgungsplanung Pratteln bis Liestal“ wurde auch das Szenario Vollausbau Salina Raurica berücksichtigt. Das Resultat zeigt, dass die Wasserversorgung Pratteln über grosse Reserven verfügt und die zukünftige Steigerung des Wasserverbrauches problemlos bewältigen kann. Frage 6: *Mit (für) welchen Personen wird geplant (DINK)?* Im Richtprojekt zum Quartierplan Zentrale, das als Grundlage für den Quartierplan dient, ist folgender Wohnungsmix vorgesehen:

- Single (Jung und Alt, eventuell Clusterwohnen, 1 – 1.5 Zimmerwohnungen) ca. 30 %.
- Paar (Jung und Alt, Kleinfamilie 3.5-Zimmerwohnungen) ca. 30 %.
- Familie (4.5-Zimmerwohnungen) ca. 30 %.
- Familie und Wohngemeinschaften (5.5 – 6-Zimmerwohnungen) ca. 10 %.

Der Wohnungsmix soll während der laufenden Projektentwicklung mit dem aktuellen Bedarf abgestimmt werden. Logis Suisse ist in Kenntnis, dass eine grosse Nachfrage nach Alterswohnen besteht und wird dieses Anliegen ebenfalls prüfen und plant zusätzlich ein spezielles Angebot für Wohnen im Alter mit ergänzender Infrastruktur einzubauen, falls dies nachgefragt wird. In den beiden anderen Entwicklungsorten Bredella und Salina Raurica soll ebenfalls ein gesunder Mix von Wohnungen entstehen. Soweit sind wir heute noch nicht, dass wir über Details diskutieren. Die Gemeinde strebt eine hohe Wohnraumqualität an. Frage 7: Wie hoch ist der aktuelle Leerstand von Wohnraum in Pratteln und was lässt sich über die Fluktuation sagen? Kürzlich wurde die neue Leerstandserhebung publiziert. Laut statistischem Amt liegt der Leerwohnungsbestand in Pratteln bei 84 Wohnungen, was 1.04 % entspricht. Der Durchschnitt des Kantons beträgt 1.1 %. Die aktuellen Zahlen der Gesamtschweiz liegen im Durchschnitt bei 1.66 %. In Bezug auf die rege Bautätigkeit in Pratteln ist der Leerwohnungsbestand sehr tief. In Zürich, wo immer von Wohnungsnot geredet wird, beträgt der Leerwohnungsbestand 0.9 %, liegt also ganz leicht unter dem Wert von Pratteln. Zur Fluktuation: Jährlich ziehen rund 1'250 Personen nach Pratteln und 1'000 wieder weg. Über die letzten Jahre ist Pratteln jährlich um 250 Personen gewachsen. Es gibt weitere Schwankungen durch Todesfälle, Geburten usw. aber die Zu- und Wegzüge ergeben einen durchschnittlichen Zuwachs von 250 Personen pro Jahr. Frage 8: Wer ist für eine ganzheitliche Betrachtung dieser Entwicklung von Pratteln zuständig und welche Hürden sind zu erwarten? Gemeinderat und Verwaltung orientieren sich an den Legislaturzielen und am Aufgaben- und Finanzplan. Darin enthalten sind die Vorgaben, die mit der Entwicklungskommission zusammen erarbeitet und vom Parlament verabschiedet wurden. Wie im AFP aufgeführt, planen wir ein Siedlungsentwicklungskonzept zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang möchten wir dann auch die Fragen zur räumlichen Entwicklung beantworten sowie allfällige Hürden aufzeigen. Mit dem Vorgehenskonzept starten wir jetzt im Oktober.

Die Interpellation Nr. 3173 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3174

Beantwortung Interpellation der Fraktion der U/G, Petra Ramseier, betreffend „Einbruch Steuerertrag juristische Personen“

Aktenhinweis

- Interpellation der Unabhängigen und Grünen vom 23. Juni 2019

GR Christine Gogel: Frage 1: Wie verteilen sich die zurückgegangenen Steuererträge der juristischen Personen prozentual auf Umsatzausfälle oder auf Investitionen? Die Veranlagungen werden vom Kanton vorgenommen und die Steuererträge hängen immer vom Geschäftsverlauf der Firmen ab inklusive den variablen Faktoren. Diese sind, wie der Name schon sagt, variabel. Darum kann der effektive Steuerertrag nur nach aufwendigem Zurückrechnen ohne die Einmaleffekte wie Investitionen oder Umsatzausfälle, eruiert werden. Unser regelmässiger Austausch mit dem Kanton hat ergeben, dass auch ihm die Ertragserwartungen einzelner Unternehmungen normalerweise nicht bekannt sind und aus diesen Gründen kann die Frage auch nicht detaillierter beantwortet werden. Frage 2: Ist der Gemeinderat gewillt, der RPK detaillierter Auskünfte zu den Steuerausfällen der juristischen Personen zu geben, so dass diese darauf gestützt dem Einwohnerrat Empfehlungen machen kann? Die RPK hat im Rahmen ihrer Kommissionsarbeit gewisse Möglichkeiten, Daten abzufragen. Bei diesen Kompetenzen geht es immer um die Prüfung von Buchungsvorgängen, jedoch nie um eine materielle Bewertung. Gemäss

dem Steuergesetz BL § 111 haben Personen, die in amtlicher Tätigkeit Kenntnisse der Verhältnisse Steuerpflichtiger haben, darüber Stillschweigen zu bewahren. Eine Schweigepflichtverletzung ist strafbar. Also darf auch die RPK keine Informationen weitergeben. Es stellt sich noch die Frage, was der Einwohnerrat mit diesen Informationen anfangen würde, wenn er den entsprechenden Namen der Firma x oder y kennt. Frage 3: Schätzt der Gemeinderat diese Steuerausfälle als einmaligen „Ausrutscher“ ein oder als ein Ereignis, das jederzeit wieder eintreten kann oder wird die Situation zum Dauerzustand? Solche Ausrutscher können immer wieder passieren, sich aber auch in eine positive Richtung entwickeln, was auch schon passiert ist und vom Einwohnerrat jedoch nicht sonderlich bemerkt wurde. Es gab in der Vergangenheit Umstrukturierungen, die damals zu höheren Fiskalerträgen geführt haben, weil beispielsweise stille Reserven erfolgswirksam aufgelöst werden mussten. Solche Umstrukturierungen bzw. Wechsel von Gesellschaftsformen sind jedoch selten mit grossen Änderungen der Fiskalerträge verbunden. Viel wahrscheinlicher ist das Szenario, dass Investitionen von den Erträgen abgezogen werden oder dass schlechter Geschäftsverlauf zu tieferen Erträgen geführt hat. Frage 4: Auf welchem Niveau werden sich die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren voraussichtlich einpendeln? Solche Vorhersagen sind schwierig. Gemäss Erläuterungen im Geschäftsbericht ist aufgrund der negativen Vorjahressteuer das ausgewiesene Ergebnis rund CHF 3 Mio. tiefer als das effektive. Wir im Gemeinderat beurteilen dies als Sonderfaktoren mit einmaliger Wirkung. Was die Firmen planen, welche Umstrukturierungen oder Investitionen sie in Zukunft tätigen werden, werden wir auch in den nächsten Jahren nicht zum Voraus wissen. Frage 5: Wie wird der Gemeinderat auf diese Steuerausfälle reagieren? Der Gemeinderat war in den letzten Jahren stetig mit den Unternehmungen in Kontakt, wobei der Fokus auf die grössten Unternehmungen gelegt wird. Dies belegt auch das Legislaturziel 6.1, das auf die Kontaktpflege zu bestehenden Firmen fokussiert ist und Firmenbesuche als Massnahmen vorsieht. Die Zielerreichung wird jeweils im Geschäftsbericht unter dem Aufgabenfeld 20 dokumentiert. Die Zukunftsplanung eines Unternehmens ist durch den Gemeinderat nur marginal beeinflussbar. Oft sind Entscheidungen schon gefällt, bevor der Gemeinderat, wenn überhaupt, Kenntnis davon erhält. Für die Unternehmen steht die eigene Profitabilität im Vordergrund und nicht der Fiskalertrag der Gemeinde. Der Gemeinderat hat auf die Steuerausfälle bereits reagiert und die Budgetgrundsätze für 2020 entsprechend angepasst. Frage 6: Hält der Gemeinderat das Legislaturziel, die Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen auf ein Verhältnis von 50:50 zu treiben, noch als sinnvoll und erreichbar ein? Aufgrund der aktuellen Situation ist die Erreichung dieses Zieles bis Ende der Legislatur kaum mehr möglich. Ich kann keinen Gemeinderatsbeschluss vorwegnehmen, aber die Ziele des AFP befinden sich momentan im laufenden Budgetprozess, zu dem wir morgen einen Beschluss fällen werden. Die Ansiedlung steuerstarker juristischer Personen ist ein langfristiger Prozess. In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis bei 55 zu 45 % eingependelt. Ob dies in Zukunft noch realistisch ist, kann heute schlecht abgeschätzt werden. Firmen, die hohe Abzüge durch Investitionen oder schlechte Geschäftsverläufe haben, können mit Jahresrechnung 2019 bereits schon wieder bessere Steuererträge generieren. Das wissen wir aber aktuell nicht und so geht es auch den Unternehmen. Wir stehen in Kontakt mit dem Kanton und die Signale, die von dort kommen, bedeuten - so viel der Kanton weiss - dass es in diesem Stil weitergehen wird.

Präsenz: Es sind nun 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das Zweidrittelmehr 23 Stimmen.

Petra Ramseier wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Petra Ramseier (Interpellantin): Ich danke GR Christine Gogel für die Beantwortung der Interpellation. Es handelt sich um einen finanzpolitischen Blindflug, was wir nicht ändern können. Ich denke, der Gemeinderat kennt die Steuerunterlagen und konnte auch schon Aussagen dazu machen. Was ich betone: Wir sind nicht an Namen interessiert, überhaupt nicht, uns geht es darum zu wissen, auf was für einer Basis man möglichst realistische Annahmen treffen kann, damit wir etwas näher ans Realbudget herankommen, als letztes Jahr offensichtlich geschehen. Um das geht es uns und so sind wir froh, wenn die RPK möglichst viele Informationen erhält, nicht unbedingt Namen, da ist sie sowieso an die Schweigepflicht gebunden. Es geht darum, Abschätzungen zu machen, miteinander einen Weg zu finden, wie man Pratteln nicht in die roten Zahlen führt. Es geht uns wirklich nicht um die Namen. Ich danke noch einmal für Beantwortung und dies wird wohl ein Thema bleiben.

Patrick Weisskopf: Ich danke für die Beantwortung dieser Fragen. GR Christine Gogel hat eine wichtige Frage gestellt, nämlich, was der Einwohnerrat mit den Informationen macht. Für uns ist wesentlich, dass wir die Auswirkungen verstehen, was die Zusammenhänge sind und dass wir wissen, was passiert, wenn wir Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene haben und welches die langfristigen Einflüsse auf unsere Steuereinkommen sind. Petra Ramseier hat es schon gesagt: Wir versuchen, die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen und wir wollen auch wissen, wie gross das Klumpenrisiko bei unseren grossen juristischen Personen ist. Was machen beispielweise 20 % der Einnahmen aus und ist es tatsächlich wahr, dass 50 % der KMU's keine Steuern zahlen? Dies könnte möglich sein, wenn es sich um Auffanggesellschaften handelt und so bekämen wir ein Bild, wie sich unsere Prattler Wirtschaft zusammensetzt, wenn wir die Steuern anschauen. GP Stephan Burgunder hat gesagt, dass wir an vielen Ecken sparen. Dies ist richtig. Wir treffen viele Sparmassnahmen und streichen irgendwo CHF 2'000. Heute hatten wir ein Geschäft, bei dem wir nicht wussten, welche Auswirkungen der Strassenbau hat. Sind dies CHF 100'000 oder CHF 200'000 oder sogar CHF 300'000 pro Jahr? Nun kann sich jeder selber ausrechnen, wie oft man dafür CHF 2'000 streichen muss. Genau die Streicherei von CHF 2'000 geht irgendwann nicht mehr auf. Dann möchten wir auch wissen, was für Auswirkungen es hat, wenn in Salina Raurica das Kantonsspital kommt. Ein Kantonsspital hat viele Angestellte, die uns Steuern zahlen, wenn sie in Pratteln wohnen. Und wenn wir dort noch Industrie und Gewerbe haben, bezahlen diese auch Steuern und das Ziel ist immer noch, ein ausgewogenes Verhältnis zu haben. Ich persönlich sehe das ausgewogene Verhältnis nicht mehr als realistisch und ich möchte, dass uns der Gemeinderat mindestens diese Tendenz bestätigen kann, dann können wir auf einer sauberen Basis unsere Annahmen treffen. Es ist wichtig, dass wir dies haben. Auf der Verwaltung gibt es einen Informationsvorsprung; sie hat täglich damit zu tun und auch einen Zugang vom Amtsgeheimnis her. Wir im Einwohnerrat haben immer ein Informationsdefizit und genau dieses Defizit wollen wir nicht mehr und darum kommen diese Vorstösse, dass wir bessere und fundiertere Informationen erhalten. Wenn ich einen Vortrag höre, wie gerade eben, wo immer nur gemammert wird, so kann ich sagen „OK, ich bin immer noch verwirrt, einfach auf einem höheren Level“. Genau das will ich nicht. Ich möchte hier herausgehen und sagen, „Jetzt habe ich ein tieferes Verständnis bekommen“. Dies war auch der Hintergrund dieser Anfrage. Ich hoffe, dass wir dies noch erhalten und auch langfristig in den Kommissionen mit diesen Daten und Informationen arbeiten können. Was kommt in der nächsten Zeit auf uns zu, was bedeutet das Steuergeschenk, das wir gemacht haben, greifen die Steuerreformen wirklich und bringen sie das Erwartete? Wenn sie es nicht bringen, haben wir das nächste Päcklein und es geht weiter abwärts usw. und irgendwann ist der Boden erreicht.

Andreas Seiler: Wie ich erwartet habe, konnten wir nicht viel Konkretes erfahren zur Zusammensetzung der Steuereinnahmen der juristischen Personen. Im Geschäftsbericht steht ja schon, mit welchen Steuereinnahmen wir langfristig rechnen können, sofern das jetzt schon bekannt ist. Das Abschätzen von Steuereinnahmen ist nie einfach, auch nicht für die Spezialisten in der Steuerverwaltung, die eine Prognose fürs nächste Jahr

machen müssen. Es geht ja nicht nur darum, herauszufinden, was letztes Jahr war, sondern für uns ist das Jahr 2020 wichtig, damit wir wissen, was ins Budget kommt. Ich denke, dass wir als Einwohnerrat uns auf die Abschätzung der Verwaltung verlassen, denn wirklich in die Tiefe nachkontrollieren können wir sowieso nicht. Es gibt aber allgemein Bekanntes. Erstens ist Pratteln bekannt dafür, einen sehr hohen Anteil an Steuereinnahmen von juristischen Personen zu haben. Steuereinnahmen von juristischen Personen sind allgemein sehr variabel und können viel stärker steigen und sinken, als bei natürlichen Personen. Die Steuerkraft, die mit einem Durchschnittssteuersatz berechnet wird, damit die Gemeinden untereinander und auch zum Kantonsdurchschnitt vergleichbar sind, ist in Pratteln bei den juristischen Personen, pro Einwohner, von CHF 1'326 auf CHF 643 gesunken, was massiv ist. Der kantonale Durchschnitt hingegen ist von CHF 399 auf CHF 366 gesunken. Wir liegen also noch immer massiv über dem kantonalen Durchschnitt bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen, fast beim Doppelten. Bei den natürlichen Personen liegen wir mit CHF 1'500 bis CHF 1'700 massiv unter dem Durchschnitt von CHF 2'500 und die „guten“ Gemeinden haben einen Durchschnitt von CHF 5'000. Hier fehlt das Geld und dies ist der Grund, warum wir feilschen müssen, wo sparen und nicht bei den juristischen Personen. Darüber muss man sich im Klaren sein und wenn man über Steuereinnahmen redet, sollte man auch gerade im Zug der Siedlungsentwicklung schauen, dass man es auch dort verbessern kann. Bei den juristischen Personen werden die Einnahmen immer schwanken und ich hoffe, dass diese Steuereinnahmen steigen, wenn wir neue Firmen ansiedeln.

Urs Schneider: Zum Ausrutscher: GR Christine Gogel hat gesagt, es könne immer Ausrutscher geben; es kann auch Ausrutscher in die andere Richtung geben. Sie hat auch ausgeführt, dass man nun im Budgetprozess ist und sparen muss und auch spart. Gibt es nun im Jahr 2019 Hochrechnungen, die man berücksichtigt und ob man weiss, dass die Steuereinnahmen juristischer Personen in einem ähnlichen tiefen Rahmen sein werden? Weiter wünsche ich, wenn eine so komplizierte Interpellation beantwortet wird, dies Zahlen usw. auch schriftlich ausgehändigt wird.

Petra Ramseier: Ich danke Andreas Seiler für seine Ausführungen. Ich habe viel gelernt und finde es wertvoll. Man könnte auch sagen, man hätte es selber machen können, aber man muss zuerst wissen, was machen. Mein Fazit ist, dass 50/50 keine so gute Idee mehr ist, weil wir auch bei einem durchschnittlichen Steuerertrag von CHF 1'500 für natürliche Personen noch immer höher sind als die CHF 600, die offensichtlich juristischen Personen haben. Ich denke, wir streben daher lieber ein anderes Verhältnis als 50/50 an.

Kevin Beining: Es geht mir um 50/50. Ich finde es nicht grundsätzlich eine schlechte Idee. Man muss aufpassen, dass schnell passieren kann, dass eine Gemeinde zu einer reinen Wohngemeinde wird und dann noch volatiler wird. Wenn man aufhört, für junge Leute zu sorgen und eher ältere anzieht, weil diese höhere Steuern zahlen, kann eine Gemeinde richtiggehend ausbluten. Wenn man aber Gewerbe hat, auch wenn es sich von den Zahlen her direkt nicht lohnt, ist die Chance höher, dass die Leute dort, wo sie arbeiten, auch wohnen und im erwerbstätigen Alter bringen diese meistens ihre Familie mit. So kann die Gemeinde auch auf längere Frist überleben. Sich nur auf das Wohnen in einer Gemeinde zu konzentrieren, finde ich eine ganz schlechte Idee. Es gibt Gemeinden, beispielsweise im Kanton Zürich, die gezeigt haben, wie absolut schief dies laufen kann. 50/50 ist vielleicht zu ehrgeizig, aber schauen wir, dass ein gewisser Anteil von Gewerbe erhalten bleibt. Gesamtheitlich ergibt dies viel mehr Sinn. Im Zusammenhang mit der Rohner AG höre ich immer nur von Wohnen.

Stephan Bregy: Ich bin ziemlich frustriert. Es geht um sehr viel heute Abend und viele Planungen in die Zukunft und um die Möglichkeit, dass diese Gemeinde in Zukunft weiter in die roten Zahlen rutschen wird. Meine Vorrednerin und Vorredner haben bereits alles auf den Punkt gebracht. Wir brauchen einfach mehr Daten und die Beantwortung dieser Interpellation hat zu wenig Fleisch am Knochen. Wir müssen doch analysieren, wie es

der Gemeinde geht. Lassen sich nicht doch anonymisierte Daten vom Steuersubstrat juristischer Personen liefern? Dann können wir aufschlüsseln, ob es ein Klumpenrisiko gibt und ob man mit diesen Firmen geredet hat. Mal reden und fragen, wie es in den nächsten Jahren wirtschaftlich aussieht. Dann weiss man, ob etwas auf uns zukommt. Sonst machen wir eine Planung und investieren und dann ist das notwendige Steuersubstrat nicht mehr vorhanden. Ich finde es einfach gefährlich und bei einem solchen wichtigen Thema müssten aus meiner Sicht viel mehr Analysen und Daten vorhanden sein, damit wir für die nächsten fünf Jahre einen Ausblick haben, was in etwa der Realität entspricht. Ausreisser wird es immer geben. Meine Frage an den Gemeinderat: Haben diese Gespräche und Analysen stattgefunden oder werden sie noch gemacht? Natürlich immer unter dem Mantel der Vertraulichkeit. Mein Wunsch ist, hier noch nachzulegen; man kann die Interpellation noch nicht ad acta legen.

GR Christine Gogel: Zu Petra Ramseier und der realistischen Basis für die Annahmen: Letztes Jahr zu diesem Zeitpunkt waren die Zahlen realistisch und deshalb haben wir sie ja auch so vorgeschlagen und ins Budget gestellt. Es gibt Veränderungen, die uns einholen und wir kennen auch nicht alle Daten und schlussendlich kommt es anders heraus als geplant. Wir erhalten eine Prognose des Kantons und einen Budgetbrief mit Parametern, mit denen wir rechnen sollen. Philippe Doppler hat ein Tool, das der Kanton zur Verfügung stellt, dass mit der Wirtschaftsprognose und mit Daten der Gemeinde gefüttert wird und heraus kommt ein erwarteter Steuerertrag, den wir kritisch anschauen, analysieren und im Gemeinderat diskutieren. Nachher kommt dieser Betrag in den AFP und steht dort. Diese Zahl könnt ihr hierin diskutieren und ich glaube, die Diskussion bewegt sich auf einem guten Weg und genau diese Diskussion muss stattfinden; ihr habt die RPK und Vertreter in der RPK. Zu Stephan Bregy, der sagt, solche Daten müssten anonymisiert vorhanden sein: Die RPK kann diese Daten erhalten, aber die RPK muss diese Daten erfragen, was eine Holschuld darstellt. Ihr müsst anfragen und wir können, sofern vorhanden, der RPK gewisse Daten zur Verfügung stellen, die sie analysieren und Rückschlüsse daraus ziehen kann. Reden mit Firmen: Es ist bei den juristischen Personen wie bei den Privaten. Wer erzählt schon herum, wie viel Steuern er zahlt? Dies ist in der Schweiz ein heikles Thema und wenn wir Firmen treffen und diskutieren, steht nicht zuvorderst, dass sie sagen, nächstes Jahr würden sie weniger Steuern bezahlen. Da kann man nicht gut planen und wenn man mit diesen Firmen zusammensitzt, redet man über anderes und wenn man heraushört, dass es Investitionen gibt, wird man hellhörig und denkt, dort könnte etwas passieren. Es ist nicht so, dass auf der Besprechungsliste, wenn wir uns mit Firmen treffen, das Thema „Steuererträge nächstes Jahr“ darauf steht. Im AFP, an dem wir im Moment mit Hochdruck arbeiten, werden neue Ziele stehen und neue Pläne und eine neue Umsetzung dazu. Jetzt ist der Einwohnerrat warm gelaufen und ihr müsst einsetzen bzw. korrigieren und sagen, was euch nicht gefällt. Unsere Vorschläge kommen so, wie wir es sehen und einschätzen. 50/50 war ein Legislaturziel; es gibt in anderen Aufgabenfeldern andere Legislaturziele, die man auch nicht erreichen konnte. Dies war schon in der Vergangenheit so und wird immer so sein. Man setzt sich Ziele und einen Teil davon erreicht man oder eben nicht. 50/50 ist, wie ich eingangs erwähnt habe, für dieses Aufgabenfeld Steuern nicht mehr realistisch. Ein neuer Vorschlag hierzu wird kommen und auch für die neue Legislatur muss man es anschauen. Die Diskussion dazu muss und soll dann auch stattfinden.

Gerold Stadler: Herzlichen Dank an GR Christine Gogel für die Beantwortung. Mir stösst sauer auf, was der Einwohnerrat mit den Informationen macht. Es ist nicht ein Problem der Exekutive, was die Legislative mit den Informationen macht und darum werde ich diese Informationen weiterhin verlangen. GR Christine Gogel hat gesagt, die RPK solle diese Fragen weiterhin stellen und ich bin überzeugt, ich habe diese Frage in der letzten RPK-Sitzung klar gestellt und dies wurde mir nicht beantwortet. Das finde ich befremdend. Ich habe diese Frage und solche, die heute gekommen sind, gestellt und keine Antwort erhalten. Ich werde diese Fragen ganz sicher in den nächsten Phasen stellen, bis ich die Antworten erhalte. Man könnte sich überlegen, warum Pratteln die Steuererhebung nicht selber macht; vielleicht wüsste man dann mehr. Es gibt Gemein-

den im Kanton, die dies selber machen. Vielleicht ist das eine Idee. Kostet sicher, aber dem Kanton zahlen wir auch etwas dafür. Dann hätten wir die Informationen direkt und müssten nicht immer beim Kanton nachfragen. Dies ist für mich eine weitere Überlegung wert.

GR Christine Gogel: Gerold Stadler hat gesagt, dass die Fragen nicht beantwortet wurden. Dann wundert es mich schon, wenn im RPK-Bericht zum Geschäftsbericht steht „Die Fragen wurden kompetent beantwortet“.

GP Stephan Burgunder: Ich versuche, etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Ich weiss nicht, wer schon einmal die Steuererklärung einer juristischen Person gesehen hat. Dort sind drei Angaben enthalten: Gewinn, Kapital und Reserven. Dies ist alles und mehr als das kann man nicht auswerten und die Beilage hinter der Steuererklärung ist die Jahresrechnung mit Bilanzen und Erfolgsrechnung. Jetzt müsste man all die 1'000 - wir haben in Pratteln 1'000 Firmen - Jahresabschlüsse auswerten und schauen, was ist eine Investition und bei wem ist der Umsatz zurückgegangen, um diese Frage zu beantworten. Langer Rede kurzer Sinn: Dies kann niemand beantworten und wird nicht statistisch erfasst. Selber machen: Wir sind daran, dies zu überprüfen. Ich kann aber jetzt schon sagen, dass wir dies bei den juristischen Personen vergessen können. Die Sachverhalte sind so komplex, dass wir Steuerspezialisten brauchen. Dann stellen wir eine Person für die grossen Firmen ein, einen weitere Person für die kleinen und bei der Landwirtschaft ist es noch einmal anders. Dann brauchen wir noch Stellvertretungsregelungen – gerade im Firmenbereich ist dies ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben internationale Konzerne mit Steuerausscheidungen und wir haben eine Firma, die hat eine Steuerausscheidung durch das Gebäude hindurch und für das Spezialisten einstellen, lohnt sich leider nicht. Wir haben relativ wenige Angaben, das ist so. Wir erhalten die anderen Angaben schon, aber es bringt wenig, wenn wir selber 1'000 Bilanzen analysieren müssen. Aus der Statistik kann man entnehmen - letztthin gab es eine Interpellation von Klaus Kirchmayer im Landrat - zahlen 56 % aller Firmen keine Ertragssteuern und 90 % aller Firmen zahlen weniger als CHF 10'000 Ertragssteuern. Die Zahlen sind schweizweit identisch und es ist in Pratteln oder im Kanton Basel-Land nicht anders. Wenn es umgekehrt formuliert wird: 10 % aller Firmen bezahlen praktisch alle unsere Steuern. Wenn ich Firmenbesuche mache, fokussiere ich mich eher auf die Firmen, die Steuern zahlen und von diesen habe ich auch die Auskünfte, dass sie investieren. Wir haben tolle Firmen, die in Pratteln investieren. Aber die Firmen legen mir nicht die Steuererklärung hin und sagen, dass sie im Jahr 2019 mehr oder weniger Steuern zahlen. Wir müssen jetzt für 2020 budgetieren und es ist äusserst schwierig, im Januar 2019 über das Jahr 2020 zu reden. Es ist wichtig, dass wir in Pratteln auf beides achten. Es braucht Wohnen und Gewerbe, wir brauchen unbedingt beides. Wenn wir im Gleichschritt wachsen, das müssen nicht unbedingt die Steuereinnahmen sein, haben wir ein gesundes Wachstum und die Leute finden einen Job in Pratteln und ziehen dann hoffentlich auch hier hin.

Stephan Bregy: Ich danke GP Stephan Burgunder und GR Christine Gogel für die Ergänzungen. Insbesondere, was GP Burgunder gesagt hat, gibt etwas mehr Licht in diese Thematik. Ich selber bin sehr dafür, dass wir den starken Wirtschaftsstandort Pratteln beibehalten und nicht nur eine Wohngemeinde entsteht. Wir wollen nicht, dass mit 1'000 Firmen geredet wird. Vorhin wurde ja gesagt, dass viele dieser Firmen gar keine Steuern zahlen und daher geht es darum, die grossen Blöcke kennenzulernen und die Analyse mit diesen zu machen. Die Verwaltung muss sich die Zeit nehmen, Auswertungen zu machen und Trends zu erkennen aus den relevanten Daten. Dies ist das Paretoprinzip 80/20, dann halt nur mit 20 Firmen, die einen grösseren Block darstellen. Mit diesen werden Analysen gemacht und mit diesen kommt man ins Gespräch. Kenne deine Pappheimer hier, was bedeutet, dass man Standortmarketing betreibt. Von GP Stephan Burgunder weiss ich, dass er es macht und auch will und es noch vermehrt machen will. Was habt ihr für Pläne in den nächsten fünf Jahren? Wollt ihr investieren? Warum? Wenn sie sagen, sie investieren nichts und bauen 10 % der Belegschaft ab, dann wisst ihr, dass es zu einem Klumpenrisiko kommen könnte. Im Gespräch kann man doch her-

ausfinden, was die Firmen machen wollen und eine Plausibilisierung der Zahlen erreichen. Zusammen mit dem Tool des Kantons erreicht man doch ein viel besseres Gefühl, was man langfristig machen kann. Ich rede nicht vom nächsten Jahr, sondern von fünf Jahren.

GP Stephan Burgunder: Euch ist nicht bewusst, um was für Arten von Firmen wir hier reden. Es handelt sich um internationale Konzerne, die in Pratteln ein Standbein haben. Der Manager kann mir am Tisch alles erzählen und schon morgen erhält er einen Entscheid, der ganz anderes ist. So ist es dort. Was heute erzählt wird, kann morgen Makulatur sein und ich werfe es weg. Zu den internationalen Konzernen: Eines der grossen Risiken ist, dass sie international gesteuert sind. Wenn die Steuerreform nicht kommt, und davon sind unsere grossen Firmen betroffen, dann, sagen sie, werden sie es schwer haben. Sie sind mittlerweile auf einer internationalen grauen Liste, d. h. sie müssen im Mutterhaus, das in einem anderen Land zu Hause ist, zusätzliche Informationen und Revisionen und Audits abliefern, wenn sie hier in der Schweiz tätig sind. Diese Firmen müssen ganz anders rapportieren, als wenn sie über die Grenze beispielsweise nach Deutschland gehen würden. Darum ist wichtig, dass wir diese Vorlage annehmen. Für uns in Pratteln ist es positiv, wenn wir es annehmen. Wenn wir es nicht annehmen, könnte es bei den international tätigen Firmen schwierig werden und davon haben wir in Pratteln mehrere.

Patrick Weisskopf: Ich danke meinem Vorredner und GP Stephan Burgunder für seine Ausführungen. Ich kann mich den meisten Ausführungen anschliessen. Wichtig in Pratteln ist auch die Bevölkerungsstruktur. Wir sind eine Arbeitergemeinde, die dementsprechend teilweise anonym ist und wir haben eine hohe Abhängigkeit von Unterstützungen. Dies hat sicher auch einen Einfluss auf die Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Wenn wir nun ein zweites Legislaturziel anschauen, mit dem eine ausgeglichene Rechnung angestrebt wird, so stellt sich nun die Frage, ob wir uns darauf einstellen, dass die Rechnung nicht mehr im Gleichgewicht ist. Wenn nun 50/50 auch aus dem Rahmen fällt, müssen wir über eine Steuererhöhung diskutieren? Falls dies der Fall ist, weil die Strukturen auseinanderfallen, müssen wir vielleicht schon früher darüber diskutieren. Es ist ein heisser Apfel und man verbrennt sich die Finger daran, aber andere Gemeinden stehen auch vor dieser Frage.

Urs Schneider: Es steht die Frage im Raum: Hat eine Hochrechnung der juristischen Personen dieses Jahr schon einen Einfluss auf die Budgetierung 2020 oder lässt sich dazu noch nichts sagen?

GR Christine Gogel: Wir lassen alle Parameter, die wir momentan kennen, in die Budgetierung 2020 einfließen.

Die Interpellation Nr. 3174 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3175

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „KG Zweien“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion vom 18. August 2019

GR Rolf Wehrli: Frage 1: Was hat die generelle Überprüfung der GR ergeben? Die Begleitkommission Neubau Kindergärten hat anlässlich verschiedener Sitzungen Abklärungen zu den möglichen Photovoltaikanlagen (PV) bei den Kindergärtenneubauten diskutiert. So wurden bei den Abklärungen von Seiten des Planers folgende Fakten der Begleitkommission erläutert: Eine vollflächige Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kindergärten wirft jährlich einen Stromertrag von 34'800 kWh ab. Der Kindergartenbetrieb benötigt pro Jahr lediglich 5'500 kWh. Demgegenüber stehen Investitionskosten von CHF 100'000 und ein jährlicher Ertrag für die Gemeinde von CHF 3'300. Zusätzlich fallen für die Erstellung der Einspeiseleitung weitere Kosten an. Eine Photovoltaikanlage für die Warmwasseraufbereitung an Standorten, bei welchen kein Fernwärmeanschluss und somit kein Betrieb mit nachhaltiger Energie möglich ist, ist hingegen von Seiten der Gemeinde gewünscht. Grundsätzlich sind PV-Anlagen zur Stromproduktion von gemeindeeigenen Bauten bei einem grösseren Stromverbrauch als die Kindergärten sinnvoll. Das Verhältnis der Kosten grösserer Einspeiseleitungen, die bereits festgelegte Investitionssumme der Kindergärten ohne entsprechende PV-Anlagen und der geringe Verbrauch in den Kindergärten führte zum Verzicht der PV-Anlagen zur Stromproduktion. Frage 2: Warum wurde auf die Erstellung der Photovoltaik verzichtet? Aufgrund der in Punkt 1 aufgeführten Investitionskosten gegenüber dem erwarteten Ertrag wurde auf eine vollflächige PV-Anlage verzichtet. Im Rahmen der Bestellung des Kindergartens Zweien wurde jedoch die Warmwasseraufbereitung mittels PV-Anlage bestellt. Die Umsetzung der Installation der PV-Anlage zur Warmwasseraufbereitung konnte leider nicht vor Inbetriebnahme erfolgen und die Installation wird unter Berücksichtigung von Schulferien und Wetter zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt. Im Umsetzungsprozess wurde vonseiten des Heizungsplaners eine Optimierung der Warmwasseraufbereitung ohne Rücksprache mit der Bauherrschaft respektive der Bauherrenvertretung durchgeführt. Das hat dazu geführt, dass die bestellte PV-Anlage zur Warmwasseraufbereitung noch nicht montiert wurde. Dies wurde im Abnahmeprotokoll festgehalten und bemängelt. Frage 3: Um welchen Betrag wird die Bauabrechnung wegen des Verzichts unterschritten? Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Abrechnungssummen des Kindergartens Zweien noch nicht vorliegend. Die terminlichen und finanziellen Folgen der fehlenden PV-Anlage sind Teil der Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Totalunternehmer. Da die vollflächige PV-Anlage nicht Bestandteil der Investitionssumme ist, kann diese in der Bauabrechnung nicht abgezogen werden. Die Ergänzung der PV-Anlage zur Warmwasseraufbereitung wird für die Gemeinde keine Kostenauswirkungen haben, weil sie so bestellt wurde.

Kurt Lanz wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit grossem Mehr zu.

Kurt Lanz (Interpellant): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Einige Bemerkungen: Ja, es stimmt. Wir, die Solargenossenschaft Pratteln, haben im Zusammenhang mit dem Münchacker-Schulhaus geschaut, wie teuer eine solche Anlage wird. Sie beläuft sich auf CHF 120'000 – 130'000. Ja, es ist teuer. Wir dachten, man könne vielleicht nur auf einer Seite eine Anlage erstellen, was für die Architekten nicht in Frage kam, weil es schrecklich aussehen würde. Wenn ich heute dort stehe, finde ich es gar nicht schlimm. Mich interessiert, ob der Gemeinderat sagen kann, wie viel mehr die Einspeisungsleitung kosten würde. Wir haben nur gehört, dass es mehr kosten würde. Ich stelle die Behauptung auf, dass die EBL die Einspeiseleitung zum jetzigen Zeitpunkt als Folge des neuen Energiegesetzes vergrössern müsste. Aus Kostengründen haben

wir beim Münchacker-Schulhaus gesagt, wir hätten gerne eine Aufdach-Anlage. Diese Anlage wird auf das Dach montiert, wenn das Dach schon fertig ist. Dort wurde uns gesagt, dies käme nicht infrage und es gäbe nur eine Indach-Anlage und diese Indach-Anlagen sind zwischen 10 – 20 % teurer. Schlussendlich musste die Solargenossenschaft sagen, dass sie dies nicht finanziere und nun höre ich vom Gemeinderat, dass im Kindergarten Zweien nachträglich auf das fertige Dach – ich habe mir viel Mühe gemacht, das Dach anzuschauen, obwohl man es schlecht sieht – eine Aufdach-Anlage montiert wird. Bei der Solargenossenschaft Pratteln hat man gesagt, dies käme überhaupt nicht infrage. Wenn ich den Bericht der BPK anschau, bin ich sehr enttäuscht. Der Einwohnerrat hat einer PV-Anlage zugestimmt (die entsprechenden Passagen aus dem Protokoll der Sitzung 460 sind in der Interpellation enthalten) und nun wird es nicht so ausgeführt. Ich finde, so sollte der Gemeinderat nicht mit dem Einwohnerrat umgehen.

GR Rolf Wehrli: Auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole: Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag einer vollflächigen Anlage. Zur Einspeiseleitung: Im Oktober 2017 hat die Sopra ein Angebot gemacht, und gesagt, sie müsse die Einspeiseleitung finanzieren – ich weiss nicht, wie viel sie kostet. Die Sopra hat dies aus Kostengründen abgelehnt. Beim Kindergarten Zweien handelt es sich um eine relativ kleine Anlage, und ob sie auf oder ins Dach kommt, kann ich nicht beantworten, weil ich es nicht weiss.

Kurt Lanz: Die Sopra geht in der Regel davon aus, dass der Return einer Anlage in einer Grössenordnung von 25 – 30 Jahren liegt. Die Gemeinde Pratteln könnte noch etwas mehr herausholen, auch wenn es so ist, dass der Kindergarten nicht viel Strom braucht. Wenn wir sieben oder zehn Rappen erhalten, kann die Gemeinde Pratteln einen Grossteil des Energiebezuges des Kindergartens direkt abrechnen und hier rechnet man mit 15 – 20 Rappen pro Kilowattstunde. Ich gehe davon aus, dass für die Gemeinde der Return zwischen 15 und 20 Jahren liegt und da erscheinen mir die CF 3'300 Verdienst pro Jahr eher zu tief gerechnet, aber ich weiss nicht, woher diese Zahl kommt.

Andreas Seiler: Ich stehe als Präsident der BPK hier, der am Bericht vom 12. März 2017, der zitiert wurde, mitgearbeitet hat. Dieses Thema wurde ja in der BPK behandelt; Bericht Kapitel 4.8 Photovoltaikanlagen auf dem Dach. Wie man in der Interpellation lesen kann, ging es darum, die Dachkonstruktion so stabil zu bauen, dass sie eine PV-Anlage tragen kann. Leider haben wir hier nicht geschrieben, ob man sie ins Dach oder auf das Dach bauen muss. Wichtig ist aber auch die Auskunft, die uns damals gegeben wurde, dass, weil dort keine Fernwärme möglich ist und eine Gasheizung eingebaut wird, dann zwingend eine PV-Anlage erstellt werden muss. Eine solarthermische Anlage würde auch einer Kompensation entsprechen. Allerdings bin ich nun erstaunt, dass uns damals gesagt wurde, eine Kompensation sei zwingend und heute muss es noch nachgebaut werden. Wenn es damals als zwingend angeschaut wurde, hätte man es ja gleich machen müssen. Ich frage mich daher, wer hier nicht richtig aufgepasst hat und schlussendlich haben wir von der Gemeinde aus ja die Baukommission, die den Finger darauf legen muss. Die Gemeinde war sich ja diesem Thema bewusst, weil es in der BPK behandelt wurde. Ich hätte also gerne eine Antwort von GR Rolf Wehrli, warum das, was damals der Abteilungsleiter Bau gesagt hat, nicht gerade in der BPK durchgesetzt wurde, damit es mit der Fertigstellung des Gebäudes entsprechend ausgeführt wird.

GR Rolf Wehrli: Die Anlage wurde von der Gemeinde bestellt und die Gemeinde darf dann davon ausgehen, dass die Anlage auch so ausgeführt wird. Dies wurde nicht gemacht und nun wird sie nachträglich montiert und produziert den Strom für die Wärmepumpe. Eine Wärmepumpe ist noch moderner und stellt die bessere Variante dar.

Die Interpellation Nr. 3175 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3177

Beantwortung Interpellation der FDP-Fraktion, Paul Dalcher, betreffend „Bestand und Eigentumsstatus der Kulturgüter (Fundus)“

Aktenhinweis

- Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. August 2019

GR Roger Schneider: Die Beantwortung dieser Interpellation hat nach Rücksprache mit der Bürgergemeinde stattgefunden, die Eigentümerin der Sammlung bzw. des Fundus ist und auch dafür verantwortlich. Frage 1: *Aus was besteht dieser Fundus?* Die Sammlung (Fundus) besteht aus Schenkungen, Leihgaben und vereinzelt Ankäufen. Frage 2: *Welche Exponate sind dies?* Es sind Exponate aus der Dauerausstellung und aus der Sammlung. Die Exponate gehören den folgenden Kategorien an: Altes Handwerk, Haushaltsgegenstände, Bekleidung (z. B. Trachten), Brauchtum (z. B. Hörner), Industrielles (z. B. Messgeräte), Vereinsleben, Weinbau. Im Gegensatz dazu werden Dokumente im historischen Dokumentenarchiv der Gemeinde aufbewahrt. Frage 3: *Sind diese nachher öffentlich zugänglich?* Über das Kulturgüter-Portal www.kimweb.ch sind viele der Exponate per Bild zugänglich. Ebenfalls kann die Sammlung bei konkreten Anfragen im Depot in der Zivilschutzanlage Fröschmatt besucht werden. Der eine oder andere Gegenstand wird auch in der Ausstellung sichtbar sein. Das Konzept dazu kenne ich nicht, weil es die Bürgergemeinde macht. Frage 4: *Es handelt sich ja auch um Exponate, die seinerzeit ins Museum eingeliefert wurden, die im Bürgerhaus als Dauerleihgabe, Schenkung oder zur Ausleihe waren. Sind die Eigentumsverhältnisse mit den damaligen Besitzern bzw. Spenderinnen und Spendern geklärt?* Schenkungen und Ankäufe sind im Eigentum der Bürgergemeinde, Leihgaben gehören den Leihgebern. Frage 5: *Gibt es noch Vorbehalte von Seiten der Einlieferer aus dem Jahr 1988?* Im Zuge der digitalen Inventarisierung der Sammlung erfasst das Archivteam die ganze Kartei neu. Bis anhin wurden keine Vorbehalte festgestellt. Sollte dies der Fall sein, wird sich das Archivteam mit den entsprechenden Personen in Verbindung setzen. Bei Rückfragen steht das Archivierungsteam (Bürgergemeinde) zur Verfügung.

Die Interpellation Nr. 3177 ist beantwortet.

Fragestunde: Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Sitzung wird um 20.45 Uhr beendet.

Pratteln, 24. Oktober 2019

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Stephan Ebert

Joachim Maass